

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.05.2026, 14:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	19:28 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern) verhindert, * per Video, übrige Teilnehmer/innen in Präsenz

Frau Antonelli-Ngameni	Herr Köster
Frau Arning	Herr Kühn
Herr Bader	Herr Langer
Frau Bartsch	Herr Lehmann *
Herr Behrens	Frau Lerche
Herr Böttcher	Frau Maul
Herr Bratmann	Herr Mehmeti
Herr Bratschke	(Herr Merfort)
Frau Braunschweig	Herr Möller
Herr Disterheft *	Frau Mundlos
Frau Dr. Flake *	Frau Ohnesorge
Herr Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Glogowski	Herr Pohler
Frau Glogowski-Merten	Frau Saxel
Frau Göring	Herr Schatta *
Herr Graffstedt	(Frau Schneider)
Frau Hahn	Herr Schnepel
Frau Hillner *	Frau Schütze
Frau Ihbe	Herr Stühmeier
Frau Jalyschko	Herr Swalve
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Täubert
Frau Johannes	Herr Volkmann
(Herr Jonas)	Frau vom Hofe
Frau Kaphammel	Frau von Gronefeld *
Frau Kluth	Herr Wendt
Herr Knurr	Herr Winckler
Frau Köhler	Herr Wirtz

Verwaltung

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Städt. Ltd. Direktorin Hübner
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaurat Leppa
Städt. Ltd. Direktor Dr. Malorny
Stadträtin Dr. Rentzsch
Stadträtin Hanusch

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2026
3. Mitteilungen
- 3.1. Dynamisierung der Zuwendungen ab 2027
Mitteilung der Verwaltung 26-28549
4. Anträge
- 4.1. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen
und öffentlichen Gehwegen
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 26-28465
- 4.1.1. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen
und öffentlichen Gehwegen - Änderungsantrag
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die GRÜNEN sowie der Gruppe Die FRAKTION. BS 26-28465-01
- 4.2. Dem demographischen Wandel entgegenzutreten – Plätze in der
Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von
Pflegekräfte intensivieren
Antrag der CDU-Fraktion 26-28680
- 4.2.1. Dem demographischen Wandel entgegenzutreten – Plätze in der
Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von
Pflegekräfte intensivieren
Stellungnahme der Verwaltung 26-28680-01
- 4.3. Prüfantrag: Erreichbarkeit und Standortperspektive von
Einwohnermeldeamt und Ausländerbehörde in Braunschweig
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 26-28818
- 4.4. Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen
Antrag der CDU-Fraktion 26-28829
- 4.4.1. Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen
Stellungnahme der Verwaltung 26-28829-01
- 4.5. Keine Streichung der behördenunabhängigen Asylverfahrens-
beratung und keine Kürzung bei Sprach- und Integrationskursen!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN 26-28867
- 4.5.1. Keine Streichung der behördenunabhängigen Asylverfahrens-
beratung und keine Kürzung bei Sprach- und Integrationskursen!
Stellungnahme der Verwaltung 26-28867-01

4.6.	Einrichtung einer Mieterrechte-Anlaufstelle „Mira“ nach dem Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz Antrag der SPD-Fraktion	26-28873
4.6.1.	Einrichtung einer Mieterrechte-Anlaufstelle „Mira“ nach dem Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz Änderungsantrag zur Vorlage 26-28873 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28873-01
4.7.	Einführung eines Nachtfahrverbots für Mähroboter zum Schutz des Europäischen Igels und weiterer Kleintiere Antrag der Gruppe BIBS/Robert Glogowski	26-28877
4.8.	Prüfantrag: Demokratische Kontrolle des Konzerns Stadt Braunschweig: Auskunftsrechte des Rates gegenüber städtischen Beteiligungsunternehmen Antrag der Gruppe BIBS/Robert Glogowski	26-28878
5.	Bestellung von städtischen Vertretern in Gesellschafterversammlungen städtischer Beteiligungen	26-28618
6.	Bestellung von städtischen Vertretern im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	26-28834
7.	Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“	26-28789
8.	Berufung von vier Ortsbrandmeistern und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis	26-28502
9.	Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt	26-28718
10.	Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	26-28845
11.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	26-28791
12.	Sportanlage Rautheim: Übernahme des Vereinsheims	26-28574
13.	Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung)	26-28296
14.	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkind- betreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027	26-28208
14.1.	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkind- betreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 Änderungsantrag zur Vorlage 26-28208 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	26-28208-01

14.2.	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 Stellungnahme der Verwaltung	26-28208-02
14.3.	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 - Änderungsantrag Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die GRÜNEN	26-28208-03
15.	Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbaurturbo“	26-28644
15.1.	Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbaurturbo“	26-28644-01
15.2.	Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbaurturbo“ Änderungsantrag zur Vorlage 26-28644 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	26-28644-02
15.3.	Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbaurturbo“ Änderungsantrag zur Vorlage 26-28644 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28644-03
15.4.	Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbaurturbo“ Änderungsantrag zur Vorlage 26-28644 Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU	26-28644-04
16.	155. Änderung des Flächennutzungsplanes „Umfeld Hauptbahnhof“ Stadtgebiet zwischen Kurt-Schumacher-Straße, Ottmerstraße, Willy-Brandt-Platz und Berliner Platz Planbeschluss	26-28747
17.	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Umfeld Hauptbahnhof“, AW 118 Stadtgebiet im Bereich Kurt-Schumacher-Straße, Viewegstraße, Ottmerstraße, Willy-Brandt-Platz und Berliner Platz Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	26-28597
18.	Programmanmeldung zur Aufnahme in die Städtebauförderung „Sozialer Zusammenhalt - Emsviertel“	26-28544
19.	Programmanmeldung zur Aufnahme in die Städtebauförderung „Wachstum und nachhaltige Erneuerung - Großer Hof“	26-28548
20.	Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen Lange Straße - Küchenstraße - Hagenbrücke	26-28604
20.1.	Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen Lange Straße - Küchenstraße - Hagenbrücke	26-28604-01
21.	Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen an der Wendeschleife Heideblick	26-28595

21.1.	Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen an der Wendeschleife Heideblick Änderungsantrag zur Vorlage 26-28595 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28595-01
22.	Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen an den Rampenbauwerken über die A2	26-28596
22.1.	Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen an den Rampenbauwerken über die A2	26-28596-01
22.2.	Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen an den Rampenbauwerken über die A2 Änderungsantrag zur Vorlage 26-28596 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28596-02
23.	Neuvergabe des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) – Öffentliche Rechtliche Vereinbarung und Vorabbekanntmachung	26-28608
24.	Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – Endbericht	26-28762
24.1.	Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – Endbericht Änderungsantrag zur Vorlage 26-28762 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN und CDU	26-28762-01
24.2.	Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – Endbericht Änderungsantrag zur Vorlage 26-28762 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	26-28762-02
25.	Überschwemmungsgebiet der Schunter zwischen der östlichen Stadtgrenze und dem Borwall	26-28517
26.	Anfragen	
26.1.	Wie geht es angesichts des auslaufenden Mietvertrags mit Galeria in Braunschweig weiter? Anfrage der SPD-Fraktion	26-28842
26.1.1.	Wie geht es angesichts des auslaufenden Mietvertrags mit Galeria in Braunschweig weiter? Stellungnahme der Verwaltung	26-28842-01
26.2.	Haus der Musik in der Warteschleife? – Stand des Grundstückskaufs Poststraße 5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28794
26.2.1.	Haus der Musik in der Warteschleife? – Stand des Grundstückskaufs Poststraße 5 Stellungnahme der Verwaltung	26-28794-01
26.3.	Entwicklung der Braunschweiger Spielplätze Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS	26-28871

26.3.1.	Entwicklung der Braunschweiger Spielplätze Stellungnahme der Verwaltung	26-28871-01
26.4.	Ein würdiges öffentliches Gedenken an die in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten Braunschweiger Sinti Anfrage der Gruppe BIBS/Robert Glogowski	26-28876
26.4.1.	Ein würdiges öffentliches Gedenken an die in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten Braunschweiger Sinti Stellungnahme der Verwaltung	26-28876-01
26.5.	Bleibt Braunschweig bei der Wirtschaftsentwicklung eine einsame Insel? Anfrage der AfD-Fraktion	26-28879
26.5.1.	Bleibt Braunschweig bei der Wirtschaftsentwicklung eine einsame Insel? Stellungnahme der Verwaltung	26-28879-01
26.6.	Versorgung mit Ausbildungsplätzen in Braunschweig Anfrage der SPD-Fraktion	26-28874
26.6.1.	Versorgung mit Ausbildungsplätzen in Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	26-28874-01
26.7.	Parlamentarischer Abend in Berlin: Kosten und Nutzen für Braunschweig Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28793
26.7.1.	Parlamentarischer Abend in Berlin: Kosten und Nutzen für Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	26-28793-01
26.8.	Land & Lions: Park- und Verkehrskonzept zum Tag der Niedersachsen Anfrage der SPD-Fraktion	26-28875
26.8.1.	Land & Lions: Park- und Verkehrskonzept zum Tag der Niedersachsen Stellungnahme der Verwaltung	26-28875-01
26.9.	Dringlichkeitsanfrage: Aktuelle Entwicklungen im Braunschweiger Mietwagengewerbe und Auswirkungen auf Beschäftigung und Mobilitätsversorgung Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	26-28957
26.9.1.	Dringlichkeitsanfrage: Aktuelle Entwicklungen im Braunschweiger Mietwagengewerbe und Auswirkungen auf Beschäftigung und Mobilitätsversorgung Stellungnahme der Verwaltung	26-28957-01

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:04 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist und der Rat ordnungsgemäß geladen sowie beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Sitzung in hybrider Form stattfindet, also neben den in Präsenz Anwesenden auch Ratsmitglieder per Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen. Er benennt die entschuldigten sowie die per Videokonferenz zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellt fest, dass die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Saal anwesend sind.

Anschließend gibt Ratsvorsitzender Graffstedt Hinweise zur Durchführung der Sitzung in hybrider Form und teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.4.1: Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen
Stellungnahme 26-28829-01
- Zu TOP 4.5.1: Keine Streichung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung
und keine Kürzung bei Sprach- und Integrationskursen!
Stellungnahme 26-28867-01
- Zu TOP 4.6.1: Einrichtung einer Mieterrechte-Anlaufstelle „Mira“
nach dem Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz
Änderungsantrag 26-28873-01
- Zu TOP 14.2: Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkind-
betreuungs Bereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027
Stellungnahme 26-28208-02
- Zu TOP 14.3: Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkind-
betreuungs Bereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027
Änderungsantrag 26-28208-03
- Zu TOP 15.3: Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbauturbo“
Änderungsantrag 26-28644-03
- Zu TOP 15.4: Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbauturbo“
Änderungsantrag 26-28644-04
- Zu TOP 21.1: Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
an der Wendeschleife Heideblick
Änderungsantrag 26-28595-01
- Zu TOP 22.2: Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
an den Rampenbauwerken über die A2
Änderungsantrag 26-28596-02

Zu TOP 24.1: Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – Endbericht
Änderungsantrag 26-28762-01

Zu TOP 24.2: Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – Endbericht
Änderungsantrag 26-28762-02

Er weist ferner auf die vorliegende Dringlichkeitsanfrage 26-28957 „Dringlichkeitsanfrage: Aktuelle Entwicklungen im Braunschweiger Mietwagengewerbe und Auswirkungen auf Beschäftigung und Mobilitätsversorgung“ hin. Die Dringlichkeit wird von Ratsfrau Braunschweig begründet. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei drei Enthaltungen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter TOP 26.9 in die Tagesordnung eingefügt.

Sodann teilt Ratsvorsitzender Graffstedt mit, dass die unter den nachfolgenden Tagesordnungspunkten aufgeführten Anträge

TOP 4.3 26-28818 Prüfantrag: Erreichbarkeit und Standortperspektive
von Einwohnermeldeamt und Ausländerbehörde in Braunschweig

TOP 4.4 26-28829 Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen

TOP 4.8 26-28878 Prüfantrag: Demokratische Kontrolle des Konzerns
Stadt Braunschweig: Auskunftsrechte des Rates gegenüber
städtischen Beteiligungsunternehmen

vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurden und somit für eine Beratung und Beschlussfassung hierüber in der heutigen Sitzung kein Raum mehr besteht.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist weiter darauf hin, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur der Tagesordnungspunkt 28 - Mitteilungen - vorgesehen ist. Er teilt mit, dass schriftliche nichtöffentliche Mitteilungen nicht vorliegen und die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:13 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2026

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 10.03.2026 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Dynamisierung der Zuwendungen ab 2027 Mitteilung der Verwaltung

26-28549

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28549 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen und öffentlichen Gehwegen 26-28465 Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 26-28465 der Änderungsantrag 26-28465-01 vorliegt, welcher den Ursprungsantrag ersetzt.

Ratsherr Behrens bringt den Antrag in der Fassung des interfraktionellen Änderungsantrags ein und begründet diesen.

Während der Aussprache übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth von 14:35 Uhr bis 14:37 Uhr die Sitzungsleitung.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 26-28465-01 abstimmen.

Ergebnis:

Der Antrag 26-28465 wird durch den Änderungsantrag 26-28465-01 ersetzt.

4.1.1. Verbesserung des Winterdienstes auf Radwegen und öffentlichen Gehwegen - Änderungsantrag 26-28465-01 Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Gruppe Die FRAKTION. BS

Siehe Protokollierung zu TOP 4.1 / Drs.-Nr. 26-28465.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig spricht sich dafür aus, die Verkehrssicherheit und Verlässlichkeit des Winterdienstes auf Radverkehrsanlagen sowie auf den in städtischer Verantwortung liegenden öffentlichen Gehwegen, Plätzen und Querungsstellen im Rahmen der Möglichkeiten weiter zu verbessern.
2. Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah einen **Runden Tisch Winterdienst** einzurichten. Hieran sollen insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Fachbereiche, der ALBA Braunschweig GmbH, der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, des Behindertenbeirates, des Seniorenrates sowie geeigneter Interessenvertretungen des Fuß- und Radverkehrs beteiligt werden.
3. Ziel des Runden Tisches ist es,
 - a) die Erfahrungen aus den zurückliegenden Winterereignissen auszuwerten,
 - b) besondere Problemstellen und prioritäre Wegeverbindungen zu identifizieren,
 - c) praktikable Verbesserungsmöglichkeiten im bestehenden System zu entwickeln und
 - d) deren organisatorische, vertragliche und finanzielle Auswirkungen abzuschätzen.
4. Dabei soll insbesondere geprüft werden,
 - a) ob und wie das bestehende **priorisierte Winterdienstnetz für den Radverkehr** weiter optimiert werden kann und welche Kriterien dafür zugrunde gelegt werden können,
 - b) wie die Winterdienstqualität auf den in städtischer Verantwortung liegenden Gehwegen, Plätzen, Überwegen und sonstigen besonders sensiblen Bereichen verbessert werden kann, insbesondere im Umfeld von Haltestellen, Querungsstellen, Quartierszentren, Nahversorgungsbereichen sowie städtischen Einrichtungen,
 - c) wie Schnittstellen zwischen den verschiedenen Zuständigkeiten im Winterdienst

besser koordiniert werden können,

d) wie die Information der Öffentlichkeit über Zuständigkeiten, Prioritäten und Verhaltenspflichten der Anliegerinnen und Anlieger weiter verbessert werden kann,

e) welche Maßnahmen im Rahmen des bestehenden Leistungsvertrages umsetzbar sind und welche Maßnahmen nur mit zusätzlichem Aufwand oder im Rahmen künftiger Ausschreibungen berücksichtigt werden können.

5. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben bis zur Sommerpause 2026 einen Zwischenbericht und anschließend nach Abschluss der Beratungen des Runden Tisches einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen beschlossen

- 4.2. Dem demographischen Wandel entgegnetreten – Plätze in der Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von Pflegekräfte intensivieren
Antrag der CDU-Fraktion 26-28680**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die zu dem Antrag 26-28680 vorliegende Stellungnahme 26-28680-01 sowie die Empfehlung des Verwaltungsausschusses hin, den Antrag um eine Gremienschiene zurückzustellen.

Ratsherr Pohler bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Zurückstellung des Antrags 26-28680 um eine Gremienschiene abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 26-28680 wird um eine Gremienschiene zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis (zur Zurückstellung):

bei einigen Gegenstimmen beschlossen

- 4.2.1. Dem demographischen Wandel entgegnetreten – Plätze in der Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von Pflegekräfte intensivieren
Stellungnahme der Verwaltung 26-28680-01**

Siehe Protokollierung zu TOP 4.2 / Drs.-Nr. 26-28680.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28680-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Prüfantrag: Erreichbarkeit und Standortperspektive von Einwohnermeldeamt und Ausländerbehörde in Braunschweig **26-28818**
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28818 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ratsherr Behrens begründet seitens des Antragstellers, weshalb der Antrag für den Rat gestellt wurde.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28818 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 05.05.2026 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

4.4. Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen **26-28829**
Antrag der CDU-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28829 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28829 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 05.05.2026 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

4.4.1. Bürokratie abbauen – Verwaltungsprozesse vereinfachen **26-28829-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Siehe Protokollierung zu TOP 4.4 / Drs.-Nr. 26-28829.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28829-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Keine Streichung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und keine Kürzung bei Sprach- und Integrationskursen! **26-28867**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 26-28867 die Stellungnahme 26-28867-01 vorliegt.

Ratsfrau Antonelli-Ngameni bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 26-28867 abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig fordert den Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum dazu auf, sich gegenüber der Bundesregierung – insbesondere dem Bundesinnenminister Alexander Dobrindt – dafür einzusetzen, dass die funktionierenden Beratungsinstrumente und Integrationsmechanismen für Geflüchtete und Asylbewerber*innen von der jetzigen Bundesregierung – auch mit Blick auf die Interessen der Städte und Gemeinden – beibehalten und nicht abgeschafft oder reduziert werden.

Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum wird insbesondere gebeten, für die Stadt Braunschweig an die Bundesregierung bzw. den Bundesinnenminister den dringenden Appell zu richten,

- a) dass die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung dauerhaft erhalten bleibt und nicht ab 2027 gestrichen wird sowie
- b) dass die Sprach- und Integrationskurse weiterhin für alle Geflüchteten und Asylbewerber*innen (unabhängig vom Rechtsstatus und Verfahrensstand) uneingeschränkt offenstehen und nicht in 2026 ff. massiv gekürzt werden.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

4.5.1. Keine Streichung der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und keine Kürzung bei Sprach- und Integrationskursen! Stellungnahme der Verwaltung **26-28867-01**

Siehe Protokollierung zu TOP 4.5 / Drs.-Nr. 26-28867.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28867-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.6. Einrichtung einer Mieterrechte-Anlaufstelle „Mira“ nach dem Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz Antrag der SPD-Fraktion **26-28873**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 26-28873 der Änderungsantrag 26-28873-01 vorliegt.

Ratsfrau Schütze bringt den Antrag 26-28873 ein, begründet diesen und beantragt die Verweisung zur Vorberatung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Verweisung des Antrags 26-28873 einschließlich des zugehörigen Änderungsantrags 26-28873-01 zur Vorberatung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 26-28873 wird zur Vorberatung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zur Verweisung):

einstimmig beschlossen

4.6.1. Einrichtung einer Mieterrechte-Anlaufstelle „Mira“ nach dem Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz Änderungsantrag zur Vorlage 26-28873 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN **26-28873-01**

Siehe Protokollierung zu TOP 4.6 / Drs.-Nr. 26-28873.

Beschluss (geändert):

Der Änderungsantrag 26-28873-01 wird zur Vorberatung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zur Verweisung):

einstimmig beschlossen

4.7. Einführung eines Nachtfahrverbots für Mähroboter zum Schutz des Europäischen Igels und weiterer Kleintiere Antrag der Gruppe BIBS/Robert Glogowski **26-28877**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegende Empfehlung des Verwaltungsausschusses hin, den Antrag 26-28877 zur Vorberatung in den Umwelt- und Grünflächenausschuss zu verweisen.

Ratsherr Glogowski bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Verweisung des Antrags 26-28877 zur Vorberatung in den Umwelt- und Grünflächenausschuss abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 26-28877 wird zur Vorberatung in den Umwelt- und Grünflächenausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zur Verweisung):

bei drei Gegenstimmen beschlossen

4.8. Prüfantrag: Demokratische Kontrolle des Konzerns Stadt Braunschweig: Auskunftsrechte des Rates gegenüber städtischen Beteiligungsunternehmen Antrag der Gruppe BIBS/Robert Glogowski **26-28878**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28878 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ratsherr Glogowski begründet seitens des Antragstellers, weshalb der Antrag für den Rat gestellt wurde.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 26-28878 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 05.05.2026 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

**5. Bestellung von städtischen Vertretern in
Gesellschafterversammlungen städtischer Beteiligungen**

26-28618

Beschluss:

1. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Frau Stadtoberamtsrätin Sibylle Weitze wird mit Ablauf des 31. Mai 2026 aus der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH abberufen und

Herr Beschäftigter Tobias Eckstein

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

wird mit Wirkung zum 1. Juni 2026 in die Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH entsandt.

2. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Frau Stadtoberamtsrätin Sibylle Weitze wird mit Ablauf des 31. Mai 2026 aus der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH abberufen und

Herr Beschäftigter Tobias Eckstein

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

wird mit Wirkung zum 1. Juni 2026 in die Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH entsandt.

3. Braunschweiger Stadtmarketing GmbH

Frau Stadtoberamtsrätin Sibylle Weitze wird mit Ablauf des 31. Mai 2026 aus der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Stadtmarketing GmbH abberufen und

Herr Beschäftigter Tobias Eckstein

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

wird mit Wirkung zum 1. Juni 2026 in die Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Stadtmarketing GmbH entsandt.

4. Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

Frau Stadtoberamtsrätin Sibylle Weitze wird mit Ablauf des 31. Mai 2026 aus der Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH abberufen und

Herr Beschäftigter Tobias Eckstein

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

wird mit Wirkung zum 1. Juni 2026 in die Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH entsandt.

5. Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH

Frau Stadtoberamtsrätin Sibylle Weitze wird mit Ablauf des 31. Mai 2026 aus der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH abberufen und

Herr Beschäftigter Tobias Eckstein

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

wird mit Wirkung zum 1. Juni 2026 in die Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH entsandt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

6. **Bestellung von städtischen Vertretern im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** **26-28834**

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, nach Beendigung der Amtszeiten von Herrn Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum, Herrn Ratsherr Christoph Bratmann, Herrn Ratsherr Thorsten Köster und Herrn Dr. Ralf Utermöhlen im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

1. **Herrn Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum** in den Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG zu entsenden und
2. alle Maßnahmen zu ergreifen,

Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion	Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion	Vorschlagsrecht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
<u>Herrn Ratsherr Christoph Bratmann</u>	<u>Herrn Ratsherr Thorsten Köster</u>	<u>Herrn Ratsherr Gordon Schnepel</u>

von der Hauptversammlung zu Aufsichtsratsmitgliedern der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG wählen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

7. **Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“** **26-28789**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die nachfolgend aufgeführten Projekte Interessenbekundungen zur Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder (SKS-Schwimmbäder | Projektauftrag 2026)“ einzureichen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

8. Berufung von vier Ortsbrandmeistern und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis

26-28502

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Harxbüttel	Ortsbrandmeister	Fahron, Alexander
2	Lamme	Ortsbrandmeister	Wagner, Florian
3	Lamme	Stellv. Ortsbrandmeister	Loos, Michael
4	Rühme	Ortsbrandmeister	Vetter, Mathis
5	Thune	Ortsbrandmeister	Dr. Muxfeldt, Arne

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt

26-28718

Beschluss:

Die Stadtoberinspektorin Corinna Fleißel wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - zur Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Haushaltsvollzug 2026 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

26-28845

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

26-28791

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. Sportanlage Rautheim: Übernahme des Vereinsheims 26-28574

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt der Übernahme des Vereinsheims des FC Sportfreunde 1920 Rautheim e.V. rückwirkend ab dem 01.02.2026 durch die Stadt Braunschweig zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) 26-28296

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Dreizehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

14. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 26-28208

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28208 der Änderungsantrag 26-28208-01, die Stellungnahme 26-28208-02 sowie der Änderungsantrag 26-28208-03 vorliegen. Er erläutert die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Ratsfrau Maul bringt den Änderungsantrag 26-28208-01 ein und begründet diesen.

Ratsfrau Schütze bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 26-28208-03 ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zuerst über den Änderungsantrag 26-28208-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach lässt er über den Änderungsantrag 26-28208-03 abstimmen. Er stellt fest, dass dieser angenommen wird und die Vorlage 26-28208 damit als in der Fassung des Änderungsantrags 26-28208-03 angenommen gilt.

Ergebnis:

Mit Annahme des Änderungsantrags 26-28208-03 gilt die Vorlage 26-28208 als in der Fassung des Änderungsantrags angenommen.

14.1. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 26-28208-01
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28208
Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Siehe Protokollierung zu TOP 14 / Drs.-Nr. 26-28208.

Beschluss:

1. Den in den Anlagen A und B der Ursprungsvorlage (DS.-Nr. 26-28208) dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 wird zugestimmt.

2.-4. unverändert

5. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Aufgabe der Kita-Außengruppe Dibbesdorf ausdrücklich als vorübergehende Maßnahme zu behandeln und unverzüglich die Voraussetzungen für ein erneutes ortsnahes Betreuungsangebot in Dibbesdorf zu schaffen.

Hierzu sind insbesondere ein geeignetes Grundstück bzw. ein geeigneter Standort zu identifizieren, mögliche Übergangslösungen zu prüfen sowie die Einbindung freier Träger oder anderer geeigneter Trägerstrukturen zu berücksichtigen.

Ziel ist es, spätestens zum Beginn des Kindergartenjahres 2028 wieder ein verlässliches örtliches Betreuungsangebot in Dibbesdorf bereitzustellen.

6. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, transparent darzustellen, welche konkreten Betreuungswege die bislang in Dibbesdorf betreuten Kinder künftig nehmen (Wechsel nach Hondelage, Schuleintritt, andere Einrichtungen).

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

- 14.2. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027
Stellungnahme der Verwaltung** **26-28208-02**

Siehe Protokollierung zu TOP 14 / Drs.-Nr. 26-28208.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28208-02 wird zur Kenntnis genommen.

- 14.3. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 - Änderungsantrag
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die GRÜNEN** **26-28208-03**

Siehe Protokollierung zu TOP 14 / Drs.-Nr. 26-28208.

Beschluss:

1. Den in den Anlagen A und B der Ursprungsvorlage (DS 26-28208) dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 wird zugestimmt.

2.-4. unverändert

5. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob perspektivisch ein ortsnahes Betreuungsangebot in Dibbesdorf wieder angeboten werden kann, um dieses dann ggf. auch in die Kita-Planung wieder aufzunehmen. Ob die Anmietung der bisherigen Räumlichkeiten oder ein anderer Standort geeignet wären, sollte ebenfalls geprüft werden. Zudem sollte geklärt werden, ob es interessierte freie Träger für eine Kita gibt. Ziel sollte es sein, ein verlässliches örtliches Betreuungsangebot für Familien aus Dibbesdorf

bereitzustellen.

6. Die Verwaltung wird gebeten, die zukünftige Betreuungssituation der bislang in Dibbesdorf betreuten Kinder sowie die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Betreuungsstruktur im Blick zu behalten und die Familien in Dibbesdorf und den Rat frühzeitig über geplante Maßnahmen zu informieren.

7. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, ein stadtweites Konzept zu erarbeiten, wie auch bei perspektivisch sinkenden Kinderzahlen und Fachkräftemangel eine qualitative und möglichst wohnortnahe Kita-Versorgung im gesamten Stadtgebiet sichergestellt werden kann. Dazu gehört auch die bedarfsgerechte Schaffung von Kita-Plätzen in noch unterversorgten Stadtteilen wie der Weststadt.

8. In das zu erarbeitende Konzept sollen flexible und bedarfsgerechte Angebotsformen sowie eine qualitätsvolle Weiterentwicklung der Bildung und Betreuung in Braunschweiger Kitas mit berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die Klärung der Anforderungen am jeweiligen Standort und die entsprechenden Raumkonzepte.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

15. Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbauturbo“

26-28644

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28644 die Ergänzungsvorlage 26-28644-01 sowie die Änderungsanträge 26-28644-02, 26-28644-03 und 26-28644-04 vorliegen. Er weist ferner darauf hin, dass der Änderungsantrag 26-28644-04 den Änderungsantrag 26-28644-02 ersetzt.

Ratsvorsitzender Graffstedt erläutert die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Ratsfrau Mundlos bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 26-28644-04 ein und begründet diesen.

Ratsfrau Jalyschko bringt den Änderungsantrag 26-28644-03 ein und begründet diesen.

Es folgt die Aussprache.

Oberbürgermeister Dr. Kornblum führt abschließend zur Bedeutung des „Bauturbo“ aus und wirbt um Zustimmung zum vorgelegten Grundsatzbeschluss.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zuerst über den Änderungsantrag 26-28644-03 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach lässt er über den Änderungsantrag 26-28644-04 abstimmen. Er stellt fest, dass dieser angenommen wird und die Vorlage 26-28644 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 26-28644-01 damit als in der Fassung des Änderungsantrags 26-28644-04 angenommen gilt.

Ergebnis:

Mit Annahme des Änderungsantrags 26-28644-04 gilt die Vorlage 26-28644 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 26-28644-01 als in der Fassung des Änderungsantrags angenommen.

15.1. Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbauturbo“

26-28644-01

Siehe Protokollierung zu TOP 15 / Drs.-Nr. 26-28644.

Ergebnis:

Mit Annahme des Änderungsantrags 26-28644-04 gilt die Ergänzungsvorlage 26-28644-01 als in der Fassung des Änderungsantrags angenommen.

**15.2. Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbauturbo“
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28644
Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

26-28644-02

Siehe Protokollierung zu TOP 15 / Drs.-Nr. 26-28644.

Ergebnis:

Der Änderungsantrag 26-28644-02 wird durch den Änderungsantrag 26-28644-04 ersetzt.

**15.3. Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbauturbo“
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28644
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN**

26-28644-03

Siehe Protokollierung zu TOP 15 / Drs.-Nr. 26-28644.

Beschluss:

Die Vorlage DS 26-28644 wird wie folgt geändert bzw. ergänzt
(Änderungen sind unterstrichen):

1. Die Zuständigkeit über die Zustimmung der Gemeinde gemäß § 36a des Baugesetzbuches (BauGB) zu Vorhaben, denen eine erhebliche städtebauliche Bedeutung zukommt, liegt beim Rat. Vor einer Beschlussfassung ist der zuständige Fachausschuss sowie Stadtbezirksrat einzubinden sowie eine Öffentlichkeitsbeteiligung im angemessenen Maßstab durchzuführen.

2. Die Zustimmung der Gemeinde gemäß § 36a BauGB zu Vorhaben, deren städtebaulichen Auswirkungen gering sind und die mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren, werden als Geschäft der laufenden Verwaltung eingeordnet und liegen in der Entscheidungszuständigkeit des Oberbürgermeisters. Für den Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge (Zustimmungsvereinbarungen) im Zusammenhang mit § 36a BauGB zu den im Sachverhalt dargelegten Inhalten ist ebenfalls grundsätzlich der Oberbürgermeister zuständig. Die Zustimmungsvereinbarungen werden dem zuständigen Fachausschuss zur Kenntnis gegeben.

3. Im Einzelfall kann eine Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses gegeben sein, wenn z.B. die Zustimmungsvereinbarung einerseits gewichtige Besonderheiten in der Fallgestaltung aufweist und daher nicht mehr als Geschäft der laufenden Verwaltung anzusehen ist, zugleich aber keine erhebliche städtebauliche Bedeutung mit dem Vorhaben verbunden ist.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anwendung der Beschlüsse zu 1. und 2. zu gegebener Zeit, spätestens nach zwei Jahren, zu evaluieren und dem Rat zu berichten.

5. Der mit Drucksache 26-28644-01 von der Verwaltung zur Kenntnis gegebene Kriterienkatalog wird um folgende Aspekte abgeändert:

• Mit Erteilung einer Zustimmung ist ein Baugebot mit Frist von 1,5 bis 3 Jahren zur Realisierung auszusprechen. Wird diese nicht eingehalten, erlischt die Genehmigung.

• Entsprechend dem Braunschweiger Baulandmodell Wohnen (DS 22-19055) sollen für Vorhaben, welche mehr als 12 Wohneinheiten oder mehr als 1.200 m² Geschossfläche (GF) für Wohnzwecke umfassen, die Bestimmungen zur Errichtung von Wohnraum mit Mietpreis- und Belegungsbindungen gelten. Dies gilt auch für Vorhaben im Innenbereich.

• Die Orientierungswerte zum Maß der baulichen Nutzung nach § 17 BauNVO in der jeweils aktuell geltenden Fassung finden als Mindestwerte Berücksichtigung, um im Einklang mit dem Dichtekonzept der Stadt Braunschweig eine angemessene städtebauliche Dichte zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und drei Enthaltungen abgelehnt

15.4. Grundsatzbeschluss zum „Wohnungsbauturbo“ Änderungsantrag zur Vorlage 26-28644 Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU

26-28644-04

Siehe Protokollierung zu TOP 15 / Drs.-Nr. 26-28644.

Beschluss:

1. Die Zuständigkeit über die Zustimmung der Gemeinde gemäß § 36a des Baugesetzbuches (BauGB) zu Vorhaben, denen eine erhebliche städtebauliche Bedeutung zukommt, liegt beim Rat.

2. Die Zustimmung der Gemeinde gemäß § 36a BauGB zu Vorhaben, deren städtebaulichen Auswirkungen gering sind und die mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehren, werden als Geschäft der laufenden Verwaltung eingeordnet und liegen in der Entscheidungszuständigkeit des Oberbürgermeisters. Für den Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge (Zustimmungsvereinbarungen) im Zusammenhang mit § 36a BauGB zu den im Sachverhalt dargelegten Inhalten ist ebenfalls grundsätzlich der Oberbürgermeister zuständig. **Die Bewertung der Vorhaben erfolgt auf Grundlage des in der Anlage beigefügten Kriterienkatalogs.**

3. Im Einzelfall kann eine Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses gegeben sein, wenn z.B. die Zustimmungsvereinbarung einerseits gewichtige Besonderheiten in der Fallgestaltung aufweist und daher nicht mehr als Geschäft der laufenden Verwaltung anzusehen ist, zugleich aber keine erhebliche städtebauliche Bedeutung mit dem Vorhaben verbunden ist.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anwendung der Beschlüsse zu 1. und 2. zu gegebener Zeit, **spätestens zum Ende des Jahres 2026 und dann fortlaufend jährlich zu evaluieren und dem Rat zu berichten.**

5. Zur Beschleunigung der Prozesse bewirbt die Verwaltung das Angebot einer vorgelagerten Bauberatung offensiv.

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 16:13 Uhr bis 16:44 Uhr für eine Pause.

16. 155. Änderung des Flächennutzungsplanes 26-28747
„Umfeld Hauptbahnhof“
Stadtgebiet zwischen Kurt-Schumacher-Straße,
Ottmerstraße, Willy-Brandt-Platz und Berliner Platz
Planbeschluss

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 26-28747 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3 und Nr. 4 zu behandeln.

Die 155. Änderung des Flächennutzungsplanes „Umfeld Hauptbahnhof“ wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung beschlossen.

Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

17. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift 26-28597
„Umfeld Hauptbahnhof“, AW 118
Stadtgebiet im Bereich Kurt-Schumacher-Straße,
Viewegstraße, Ottmerstraße, Willy-Brandt-Platz und
Berliner Platz
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 26-28597 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB und § 4 a (3) BauGB, der Gemeinden gemäß § 2 (2) BauGB) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6a, 7a, 8 und 9a zu behandeln.

2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Umfeld Hauptbahnhof“, AW 118, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen beschlossen

18. Programmanmeldung **26-28544**
zur Aufnahme in die Städtebauförderung
„Sozialer Zusammenhalt - Emsviertel“

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 26-28544 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Das Fördergebiet wird gemäß § 171 e BauGB, wie in Anlage 1 räumlich dargestellt, zur Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ beantragt.
2. Die Stadt Braunschweig erklärt ihre Bereitschaft, die durch den Bund und das Land Niedersachsen geförderte städtebauliche Gesamtmaßnahme durchzuführen und gemäß der aktuellen Planung rd. 7,94 Mio. Euro für den städtischen Eigenanteil der förderfähigen und nicht förderfähigen Kosten aufzubringen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

19. Programmanmeldung **26-28548**
zur Aufnahme in die Städtebauförderung
„Wachstum und nachhaltige Erneuerung - Großer Hof“

Beschluss:

1. Das Fördergebiet wird, wie in Anlage 1 räumlich dargestellt, zur Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ beantragt.
2. Es ist beabsichtigt, die städtebauliche Gesamtmaßnahme im förmlich als Sanierungsgebiet festzulegenden Gebiet im „umfassenden Verfahren“ (§142 BauGB) durchzuführen. Diese ist nach § 141 BauGB durch einen Beschluss über den Beginn der vorbereitenden Untersuchung einzuleiten. Die Stadt beschließt rückwirkend die Durchführung der vorbereitenden Untersuchung, die in dieser Vorlage kombiniert mit dem Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) zur Kenntnis gegeben wird.
3. Die Stadt Braunschweig erklärt ihre Bereitschaft, die durch den Bund und das Land Niedersachsen geförderte städtebauliche Gesamtmaßnahme durchzuführen und gemäß der aktuellen Planung rd. 7,9 Mio. Euro für den städtischen Eigenanteil der förderfähigen und nicht förderfähigen Kosten aufzubringen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

20. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen **26-28604**
Lange Straße - Küchenstraße - Hagenbrücke

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28604 die Ergänzungsvorlage 26-28604-01 vorliegt, und lässt im Anschluss an die Aussprache über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Ergebnis:

beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 26-28604-01

**20.1. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
Lange Straße - Küchenstraße - Hagenbrücke**

26-28604-01

Siehe Protokollierung zu TOP 20 / Drs.-Nr. 26-28604.

Beschluss:

Für die Sanierung der Gleisanlagen im Abschnitt Lange Straße (Radeklint bis westlich Haltestelle Alte Waage) wird die Gleisoberbauform Rasengleis beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**21. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
an der Wendeschleife Heideblick**

26-28595

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28595 der Änderungsantrag 26-28595-01 vorliegt.

Ratsfrau Kluth bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 26-28595-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach stellt er die Vorlage 26-28595 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Gleisoberbauform Schottergleis für die Gleiserneuerung an der Wendeschleife Heideblick wird beschlossen.
2. Sollte die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) wider Erwarten als Oberbauform ein Rasengleis fördern, wird dieses in dem in Anlage 1 (Lageplan) entsprechend dargestellten Bereichen umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

**21.1. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
an der Wendeschleife Heideblick
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28595
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN**

26-28595-01

Siehe Protokollierung zu TOP 21 / Drs.-Nr. 26-28595.

Beschluss:

Als Oberbauform für die Gleiserneuerung an der Wendeschleife Heideblick wird Rasen- bzw. Sedumgleis beschlossen. Im Bereich der Überfahrten wird heller Stahlfaserbeton vorgesehen.

Die hierdurch entstehenden Mehrkosten in Höhe von 352.000 € sind entsprechend über- bzw. außerplanmäßig bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

**22. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
an den Rampenbauwerken über die A2**

26-28596

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28596 die Ergänzungsvorlage 26-28596-01 sowie der Änderungsantrag 26-28596-02 vorliegen.

Ratsfrau Kluth bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 26-28596-02 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach stellt er die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 26-28596-01 zur Abstimmung.

Ergebnis:

beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 26-28596-01

**22.1. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
an den Rampenbauwerken über die A2**

26-28596-01

Siehe Protokollierung zu TOP 22 / Drs.-Nr. 26-28596.

Beschluss:

1. Den Gleisoberbauformen für die Sanierung der Rampen (Schottergleis) und der Brücke über die A2 (Pflastereindeckung) wird zugestimmt.
2. Sollte die Landesnahverkehrsgesellschaft als Oberbauform im Abschnitt zwischen Rampenende und Haltestelle Geibelstraße (siehe Anlage 1) ein Rasengleis fördern, wird dieses anstelle Schottergleis umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen beschlossen

**22.2. Oberbauform für die Erneuerung der Gleisanlagen
an den Rampenbauwerken über die A2
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28596
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN**

26-28596-02

Siehe Protokollierung zu TOP 22 / Drs.-Nr. 26-28596.

Beschluss:

Den Gleisoberbauformen für die Sanierung der Rampen (Schottergleis) und der Brücke über die A2 (Pflastereindeckung) wird zugestimmt. Im Bereich der Wohnbebauung (vom Beginn der Geibelstraße bis zur Anrampung) wird als Oberbauform Rasen- bzw. Sedumgleis gewählt.

Die hierdurch entstehenden Mehrkosten sind über- bzw. außerplanmäßig bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

23. Neuvergabe des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) – Öffentliche Rechtliche Vereinbarung und Vorabbekanntmachung 26-28608

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (örV) zwischen der Stadt Braunschweig und dem Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) zur Übertragung von Aufgaben und Befugnissen zwecks Durchführung einer Direktvergabe des Teilnetzes 40 Braunschweig an die Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die EU-weite Vorabbekanntmachung der Direktvergabe des ÖDA an die BSVG final abzustimmen und diese durch den RGB im EU-Amtsblatt veröffentlichen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24. Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – Endbericht 26-28762

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 26-28762 die Änderungsanträge 26-28762-01 und 26-28762-02 vorliegen. Er erläutert die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Ratsfrau von Gronefeld bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 26-28762-01 ein und begründet diesen.

Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 26-28762-02 ein und begründet diesen.

Während der Aussprache übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth ab 17:52 Uhr die Sitzungsleitung.

Ratsherr Bratmann gibt zu Protokoll, dass die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag 26-28762-01 unter der Prämisse steht, dass die sich aus dem Antrag ergebenden Veranlassungen in enger Abstimmung mit BS Energy erfolgen.

Nach der Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth zuerst über den Änderungsantrag 26-28762-02 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach lässt sie über den Änderungsantrag 26-28762-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser angenommen wird. Anschließend stellt sie die Vorlage 26-28762 in geänderter Fassung, ergänzt um den Beschlusstext des Änderungsantrags 26-28762-01, zur Abstimmung.

Beschluss (geändert, ergänzt um den Änderungsantrag 26-28762-01):

Die Kommunale Wärmeplanung (KWP) wird nebst Maßnahmenkatalog, Kartenkatalog und den Teilgebiets-Steckbriefen beschlossen.

Der Rat der Stadt Braunschweig beschließt, den vorliegenden Maßnahmenkatalog zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) um die Maßnahme M19: „Strategische kommunale Beteiligung an der regenerativen Energieerzeugung zur Partizipation an der Wertschöpfung“ zu ergänzen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt:

1. Es ist ein strategisches Konzept zu entwickeln, das es der Stadt ermöglicht, aktiv in die regionale regenerative Energieerzeugung (insb. Windkraft und Freiflächen-PV) im Rahmen wirtschaftlicher Haushaltsführung einzusteigen. Dies soll durch die aktive Beteiligung an Projekten Dritter durch den Erwerb von Anteilen an regionalen Energieparks geschehen.
2. Die Umsetzung ist so zu gestalten, dass die operative Kontrolle sowie die finanziellen Erträge und anteilige Rückflüsse vollständig der Stadt Braunschweig zugutekommen.
3. Bei der Ausgestaltung sollen erfolgreiche Ansätze zur kommunalen Eigenversorgung aus der Region (wie das aktuelle Vorgehen der Stadt Wolfenbüttel bei Wind- und PV-Anlagen) als Referenz herangezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

- 24.1. Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – 26-28762-01**
Endbericht
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28762
Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN
und CDU

Siehe Protokollierung zu TOP 24 / Drs.-Nr. 26-28762.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig beschließt, den vorliegenden Maßnahmenkatalog zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) um die Maßnahme M19: „Strategische kommunale Beteiligung an der regenerativen Energieerzeugung zur Partizipation an der Wertschöpfung“ zu ergänzen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt:

1. Es ist ein strategisches Konzept zu entwickeln, das es der Stadt ermöglicht, aktiv in die regionale regenerative Energieerzeugung (insb. Windkraft und Freiflächen-PV) im Rahmen wirtschaftlicher Haushaltsführung einzusteigen. Dies soll durch die aktive Beteiligung an Projekten Dritter durch den Erwerb von Anteilen an regionalen Energieparks geschehen.
2. Die Umsetzung ist so zu gestalten, dass die operative Kontrolle sowie die finanziellen Erträge und anteilige Rückflüsse vollständig der Stadt Braunschweig zugutekommen.
3. Bei der Ausgestaltung sollen erfolgreiche Ansätze zur kommunalen Eigenversorgung aus der Region (wie das aktuelle Vorgehen der Stadt Wolfenbüttel bei Wind- und PV-Anlagen) als Referenz herangezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

- 24.2. Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig – 26-28762-02**
Endbericht
Änderungsantrag zur Vorlage 26-28762
Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Siehe Protokollierung zu TOP 24 / Drs.-Nr. 26-28762.

Beschluss:

Aus dem im Rahmen der kommunalen Wärmepfung erstellten Maßnahmenkatalog werden die Einzelmaßnahmen

M3, „Wärmebeirat“

M11, „Wärmepumpenkampagne“

M14, „Quartierskonzepte“ und

M16, „Innovative Ansätze zur Steigerung der Sanierungsrate“

ersatzlos gestrichen und nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Fürstimmen abgelehnt

Nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 24 findet in der Zeit von 18:09 Uhr bis 18:30 Uhr die Einwohnerfragestunde unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Kluth statt.

**25. Überschwemmungsgebiet der Schunter zwischen der
 östlichen Stadtgrenze und dem Borwall****26-28517****Beschluss:**

Die als Anlage beigefügte „Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Schunter im Bereich zwischen der östlichen Stadtgrenze und dem Borwall“ einschließlich der anliegenden Karten wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

26. Anfragen

Die Behandlung der Anfragen erfolgt in der Zeit von 18:34 Uhr bis 19:18 Uhr.

Die Behandlung der Dringlichkeitsanfrage erfolgt in der Zeit von 19:19 Uhr bis 19:27 Uhr.

**26.1. Wie geht es angesichts des auslaufenden Mietvertrags
 mit Galeria in Braunschweig weiter?
 Anfrage der SPD-Fraktion****26-28842****Ergebnis:**

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leppa (Stellungnahme 26-28842-01).

**26.1.1. Wie geht es angesichts des auslaufenden Mietvertrags
 mit Galeria in Braunschweig weiter?
 Stellungnahme der Verwaltung****26-28842-01****Ergebnis:**

Die Stellungnahme 26-28842-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.2. Haus der Musik in der Warteschleife? – 26-28794**
Stand des Grundstückskaufs Poststraße 5
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leppa (Stellungnahme 26-28794-01).
Eine Nachfrage wird beantwortet.

- 26.2.1. Haus der Musik in der Warteschleife? – 26-28794-01**
Stand des Grundstückskaufs Poststraße 5
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28794-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.3. Entwicklung der Braunschweiger Spielplätze 26-28871**
Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Hanusch (Stellungnahme 26-28871-01).
Eine Nachfrage wird beantwortet.

- 26.3.1. Entwicklung der Braunschweiger Spielplätze 26-28871-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28871-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.4. Ein würdiges öffentliches Gedenken an die in der NS-Zeit 26-28876**
verfolgten und ermordeten Braunschweiger Sinti
Anfrage der Gruppe BIBS/Robert Glogowski

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Städtischen Ltd. Direktor Dr. Malorny (Stellungnahme 26-28876-01).
Eine Nachfrage wird beantwortet.

- 26.4.1. Ein würdiges öffentliches Gedenken an die in der NS-Zeit 26-28876-01**
verfolgten und ermordeten Braunschweiger Sinti
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28876-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.5. Bleibt Braunschweig bei der Wirtschaftsentwicklung 26-28879**
eine einsame Insel?
Anfrage der AfD-Fraktion

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leppa (Stellungnahme 26-28879-01).

- 26.5.1. Bleibt Braunschweig bei der Wirtschaftsentwicklung eine einsame Insel?
Stellungnahme der Verwaltung** **26-28879-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28879-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.6. Versorgung mit Ausbildungsplätzen in Braunschweig
Anfrage der SPD-Fraktion** **26-28874**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leppa (Stellungnahme 26-28874-01).

- 26.6.1. Versorgung mit Ausbildungsplätzen in Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung** **26-28874-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28874-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.7. Parlamentarischer Abend in Berlin:
Kosten und Nutzen für Braunschweig
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN** **26-28793**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leppa (Stellungnahme 26-28793-01).

- 26.7.1. Parlamentarischer Abend in Berlin:
Kosten und Nutzen für Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung** **26-28793-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28793-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 26.8. Land & Lions: Park- und Verkehrskonzept
zum Tag der Niedersachsen
Anfrage der SPD-Fraktion** **26-28875**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 26-28875-01).

- 26.8.1. Land & Lions: Park- und Verkehrskonzept
zum Tag der Niedersachsen
Stellungnahme der Verwaltung** **26-28875-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28875-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

**26.9. Dringlichkeitsanfrage: Aktuelle Entwicklungen im Braunschweiger Mietwagengewerbe und Auswirkungen auf Beschäftigung und Mobilitätsversorgung
Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN**

26-28957

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Dr. Pollmann (Stellungnahme 26-28957-01).
Eine Nachfrage wird beantwortet.

**26.9.1. Dringlichkeitsanfrage: Aktuelle Entwicklungen im Braunschweiger Mietwagengewerbe und Auswirkungen auf Beschäftigung und Mobilitätsversorgung
Stellungnahme der Verwaltung**

26-28957-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 26-28957-01 wird zur Kenntnis genommen.

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen oder Beschlusspunkte vorliegen. Sie schließt die Sitzung um 19:28 Uhr.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin